

Beilage XXII.

Bericht

des volkswirtschaftlichen Ausschusses über das Gesuch der Gemeinde Lech betreffend die Gewährung einer Subvention zur Instandhaltung der Flexenstraße.

Hoher Landtag!

Die Gemeinde Lech unterbreitete dem hohen Landtage ein Gesuch um Gewährung einer jährlichen Subvention zur Instandhaltung der neuen Flexenstraße. Nach den vor dem Beginne des Baues dieser Straße getroffenen Vereinbarungen der beteiligten Gemeinden hat die Instandhaltung dieser Strecke die Gemeinde Lech zu besorgen.

Es wird gewiß allseitig als nothwendig erkannt, daß die mit bedeutenden Mitteln des Staates, des Landes und auch der beteiligten Gemeinden erbaute Straße bleibend in gutem Zustande erhalten werde. Ebenso wird sich niemand der Thatfache verschließen, daß die Instandhaltung der Flexenstraße, besonders wenn dieselbe, wie es beabsichtigt ist, in den nächsten Jahren verlängert wird, der armen Gemeinde Lech sehr schwer fallen und ihr fast unerschwingliche Ausgaben verursachen dürfte.

Gegenwärtig ist aber die Straße noch nicht fertig und den Gemeinden noch nicht übergeben. Die Vollendung der Straße dürfte erst im Laufe des kommenden Sommers erfolgen. Außerdem liegen keine Erhebungen über die Höhe des jährlichen Erfordernisses für die Instandhaltung der Straße vor und enthält auch das Gesuch hierüber nicht die geringste Andeutung.

Der volkswirtschaftliche Ausschuss findet sich daher nicht in der Lage, im dermaligen Stadium der Angelegenheit einen Antrag auf Gewährung einer bestimmten Subvention zu stellen, er ist vielmehr der Ansicht, es sollte der Landes-Ausschuss beauftragt werden, die nöthigen Vorerhebungen vorzunehmen und auf Grund derselben dem Landtage in der nächsten Session Bericht zu erstatten, beziehungsweise einen Antrag zu unterbreiten.

Es wird gestellt der

Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Das Gesuch der Gemeinde Lech betreffend Gewährung einer jährlichen Subvention zur Instandhaltung der Alexenstrasse wird dem Landes-Ausschusse zur Vornahme geeigneter Erhebungen, sowie zur Berichterstattung und Antragstellung in nächster Session zugewiesen.“

Bregenz, am 6. Februar 1897.

Fink Jos.

Obmann.

Martin Thurnher

Berichterstatter.

